



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE66401545300000008664 BIC: WELADE33WXXX

Hamburg, 01.02.2026

Briefaktion 03/26 – **DEUTSCHLAND / AFGHANISTAN:** *ehemalige Ortskräfte u.a.*

drohender Stopp von Evakuierung, drohende Folter



Als Fortsetzung der Briefaktionen von Juli / August und November 2025 wenden wir uns erneut an den Bundeskanzler und den Vizekanzler wegen bedrohter Menschen aus Afghanistan.

Seit August wurden 661 geflüchtete Menschen in Pakistan von den Behörden festgenommen. Die deutsche Bundesregierung konnte laut eigenen Angaben bei über 300 Personen für eine Freilassung sorgen.

Allerdings wurden bereits 248 Inhaftierte nach Afghanistan abgeschoben worden sein, darunter eine Ärztin mit ihren vier Kindern. Es soll auch zu Familientrennungen gekommen sein.

Im Januar 2026 haben die islamistischen Taliban bei einer **Razzia** ein von Deutschland finanziertes Gästehaus in Kabul durchsucht und die Personen umfassend verhört. Es handelt sich um Menschen, die trotz deutscher Aufnahmezusage von den Behörden Pakistan abgeschoben worden waren:

<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/afghanistan-taliban-razzia-ortskraefte-100.html>

Es heißt im Bericht der Tagesschau, die Taliban hätten einige der Menschen über Stunden hinweg verhört. „Man habe sie in ihren Zimmern eingesperrt, ihre Smartphones seien beschlagnahmt worden. Die Verhöre habe man auf Video aufgenommen. Die Betroffenen seien demnach gefragt worden, warum sie nach Deutschland hatten ausreisen wollen.“

In dem Gästehaus in Kabul sind auf Kosten der Bundesregierung Afghaninnen und Afghanen mit ihren Familien untergebracht (...). Einige von ihnen sind ehemalige Ortskräfte, andere sind im Bundesaufnahmeprogramm und in der sogenannten Überbrückungsliste. Sie hatten sich bis zur Machtübernahme der Taliban 2021 für die Zivilgesellschaft in Afghanistan eingesetzt und waren danach nach Pakistan geflohen.“

In dem Gebäude halten sich laut der NGO Kabul Luftbrücke derzeit **79 besonders gefährdete Menschen** aus den deutschen Aufnahmeprogrammen auf:

„Bei den Betroffenen handelt es sich um 14 Familien aus dem Überbrückungsprogramm mit insgesamt 63 Personen, vier Familien aus dem Bundesaufnahmeprogramm mit 15 Personen sowie eine ehemalige Ortskraft. Sie gehörten zu den insgesamt 248 Menschen, die Mitte August 2025 in Pakistan verhaftet und nach Afghanistan abgeschoben worden waren, nachdem die Bundesregierung es versäumt hatte, ihre pakistanischen Visa verlängern zu lassen.“

Auch wenn es vorerst nicht zu Festnahmen gekommen ist, zeigt die Razzia, dass die Taliban die abgeschobenen Menschen ins Visier nehmen.

Parallel berichteten mehrere Medien, dass fast die Hälfte „von 2.308 Menschen, die zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme von Schwarz-Rot mit einer Aufnahmezusage aus Zeiten der Ampel-Regierung in Pakistan lebten“, nicht mehr nach Deutschland kommen darf. Die Bundesregierung lehnt ihre Aufnahme ab.

Aus Sicht von ACAT müssen die Parteien der Bundesregierung zu Deutschlands Aufnahmezusagen und zu ihrer moralischen Verantwortung stehen. Die in Pakistan wartenden Menschen müssen vor dem vom Internationalen Strafgerichtshof per Haftbefehl gesuchten Taliban-Regime geschützt werden.



Bitte schreiben Sie an den Vorsitzenden der CDU und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie an den SPD-Vorsitzenden und Stellvertreter des Bundeskanzlers. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – **bitte bleiben Sie höflich**. EMailkontakt der Parteizentralen: kah@cdu.de (Konrad Adenauer Haus) und parteivorstand@spd.de Die Postadressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Berlin 0,95 EUR**).
Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 28.02.2026.

Name:
Adresse:

Datum:

Herrn Vorsitzenden
Bundeskanzler Friedrich Merz
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Situation der geflüchteten **Menschen aus Afghanistan**, die in Pakistan auf die versprochene Evakuierung nach Deutschland warten, gibt unverändert Anlass zu größter Sorge.

Die Behörden Pakistans haben die Abschiebung dieser Menschen angedroht.

Ich bekräftige das Anliegen, die noch verbliebenen 1.300 Menschen, bei denen es sich überwiegend um Frauen und Kinder handelt, endlich gemäß den ursprünglich gegebenen Aufnahmezusagen nach Deutschland zu holen. Auch der **Menschenrechtsbeauftragte** der Bundesregierung hat dies gefordert und eine Verweigerung als „unwürdig“ bezeichnet.

Ich erachte es als absolut unmenschlich, dass das Leben dieser Personen durch die Verzögerung der Evakuierung oder gar die Rücknahme der Aufnahmezusagen gefährdet wird.

Es ist enttäuschend, dass die deutsche Zivilgesellschaft kaum Resonanz der Bundesregierung erhält.

Ich bitte Sie um baldige Nachricht, weswegen die Empfehlungen des Menschenrechtsbeauftragten nicht umgesetzt werden.

Im Januar 2026 haben die islamistischen Taliban ein von Deutschland finanziertes Gästehaus in Kabul durchsucht und die Personen, die dort Zuflucht suchen, stundenlang verhört. Es handelt sich um **79 Menschen**, die trotz deutscher Aufnahmezusage aus Pakistan abgeschoben worden waren.

Die **Razzia** zeigt eklatant den fehlenden Respekt der Taliban vor unseren Werten und offenbart deren repressives Verhalten sowie die massive Gefährdung der Betroffenen.

Daher bitte ich Sie, entschlossen zu reagieren und die Menschen zu schützen.

Wenn derartige Aktionen hingenommen werden, sehen die vom Internationalen Strafgerichtshof per Haftbefehl gesuchten Taliban dies womöglich als Aufwertung oder auch als Billigung ihrer Herrschaft. Dies kann nicht in deutschem Interesse sein.

Im Namen der Betroffenen und im Hinblick auf Deutschlands Glaubwürdigkeit rufe ich Sie auf:

Evakuieren Sie die Menschen aus dem Gästehaus in Kabul und die Geflüchteten in Pakistan gemäß den ursprünglichen Zusagen.

Bewahren Sie diese vor dem folternden, vergewaltigenden und mordenden Terror-Regime.

Hochachtungsvoll

Name:
Adresse:

Datum:

Herrn Vorsitzenden der SPD
Lars Klingbeil
Stellvertreter des Bundeskanzlers
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Sehr geehrter Herr Vizekanzler, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Situation der geflüchteten **Menschen aus Afghanistan**, die in Pakistan auf die versprochene Evakuierung nach Deutschland warten, gibt unverändert Anlass zu größter Sorge.

Die Behörden Pakistans haben die Abschiebung dieser Menschen angedroht.

Ich bekräftige das Anliegen, die noch verbliebenen 1.300 Menschen, bei denen es sich überwiegend um Frauen und Kinder handelt, endlich gemäß den ursprünglich gegebenen Aufnahmezusagen nach Deutschland zu holen. Auch der **Menschenrechtsbeauftragte** der Bundesregierung hat dies gefordert und eine Verweigerung als „unwürdig“ bezeichnet.

Ich erachte es als absolut unmenschlich, dass das Leben dieser Personen durch die Verzögerung der Evakuierung oder gar die Rücknahme der Aufnahmezusagen gefährdet wird.

Es ist enttäuschend, dass die deutsche Zivilgesellschaft kaum Resonanz der Bundesregierung erhält.

Ich bitte Sie um baldige Nachricht, weswegen die Empfehlungen des Menschenrechtsbeauftragten nicht umgesetzt werden.

Im Januar 2026 haben die islamistischen Taliban ein von Deutschland finanziertes Gästehaus in Kabul durchsucht und die Personen, die dort Zuflucht suchen, stundenlang verhört. Es handelt sich um **79 Menschen**, die trotz deutscher Aufnahmezusage aus Pakistan abgeschoben worden waren.

Die **Razzia** zeigt eklatant den fehlenden Respekt der Taliban vor unseren Werten und offenbart deren repressives Verhalten sowie die massive Gefährdung der Betroffenen.

Daher bitte ich Sie, entschlossen zu reagieren und die Menschen zu schützen.

Wenn derartige Aktionen hingenommen werden, sehen die vom Internationalen Strafgerichtshof per Haftbefehl gesuchten Taliban dies womöglich als Aufwertung oder auch als Billigung ihrer Herrschaft. Dies kann nicht in deutschem Interesse sein.

Im Namen der Betroffenen und im Hinblick auf Deutschlands Glaubwürdigkeit rufe ich Sie auf:

Evakuieren Sie die Menschen aus dem Gästehaus in Kabul und die Geflüchteten in Pakistan gemäß den ursprünglichen Zusagen.

Bewahren Sie diese vor dem folternden, vergewaltigenden und mordenden Terror-Regime.

Hochachtungsvoll